

Dr. Schäfer GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schäfer GmbH – WPG/StBG -, Hugo-Eckener-Str. 7, 63303 Dreieich

Hugo-Eckener-Str. 7
63303 Dreieich

Mandanten- und Interessenten-
Rundschreiben
für Monat September 2006

Telefon: 06103/20566-0
Telefax: 06103/20566-39

eMail: info@dsg-wp-stb.de
Internet: www.dsg-wp-stb.de

Dreieich, den 22.08.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mandantinnen und Mandanten,

nachfolgend möchten wir Sie über die in den vergangenen Monaten eingetretenen und für die Zukunft geplanten Änderungen im Steuerrecht vertraut machen. Weitergehendere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter www.dsg-wp-stb.de.

Lesen Sie Informationen zu folgenden Themen:

Termine September 2006

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Haftung trotz Aufteilung der Steuerschuld

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Benachteiligungsverbot, Rechtfertigungsmöglichkeiten und Sanktionen

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Pflichten und Handlungsspielräume des Arbeitgebers

Durch Ehemann verschuldete verspätete Weitergabe eines Kündigungsschreibens

Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gegenüber alkoholkrankem Arbeitnehmer

Steuerberechnung für die letzte von mehreren Schenkungen unter Berücksichtigung nicht abzugsfähiger Belastung auf Vorschenkung

Abfallwirtschaftsberatung kann freiberufliche Tätigkeit sein

Anwendung der 1 %-Regelung auf nicht überwiegend betrieblich genutzte Leasingfahrzeuge

Auch rechtsgrundlose Leistungen des Arbeitgebers sind Arbeitslohn

Bestellung eines dinglichen Wohnrechts gegen Übertragung eines Grundstücks im privaten Bereich

Betriebsunterbrechung beim vormaligen Besitzunternehmen

Das Krankengeld eines freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten ist eine Lohnersatzleistung

Ein Notar als Mittelverwender erzielt Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit

Einnahmen von Chefärzten aus der Erbringung wahlärztlicher Leistungen im Krankenhaus

Erfüllungsrückstand bei zeitweiser Freistellung von Mietzahlungen

Ertragsteuerliche Auswirkung der Umsatzsteuerfreiheit von Umsätzen aus Geldspielautomaten

Ertragsteuerliche Behandlung von Vermächtnisansprüchen in Gestalt von wiederkehrenden Leistungen
Keine Entnahme bisher landwirtschaftlich genutzter Grundstücke ohne eindeutige Entnahmehandlung
Kinder: U. a. kein Abzug privater Krankenversicherungsbeiträge bei der Berechnung des Jahreshesbetrags
Lohnsteuerliche Behandlung der Einnahmen von Chefärzten aus der Erbringung wahlärztlicher Leistungen im Krankenhaus
Mitunternehmerstellung des Gesellschafters einer GbR
Nachweispflichten für die Anwendung der 1 %-Regelung betrieblicher Fahrzeuge
Steuerliche Behandlung des privaten Nutzungsanteils bei Ausschluss der 1 %-Regelung
Rückstellung für Recyclingkosten
Verbilligte Überlassung hochwertiger Markenkleidung ist Arbeitslohn
Werbungskostenabzug für eine leer stehende Wohnung
Werbungskostenabzug von Aufwendungen für das Einrichten eines Telearbeitsplatzes
Gewerbesteuerbefreiungen für die Betriebskapitalgesellschaft schlagen bei der Betriebsaufspaltung auf das Besitzpersonenunternehmen durch
GmbH-Gesellschafter: Beweislast für die Erfüllung der Einlageverpflichtung
Grunderwerbsteuer bei Erhöhung der Gegenleistung
Zulagenbegünstigte Investition erfordert Zugehörigkeit zum Anlagevermögen während der Verblebensfrist
Kein Verlustabzug bei Verlust der wirtschaftlichen Identität einer GmbH
Nichtigkeit des Gewinnverwendungsbeschlusses einer GmbH bei fehlender Pflichtprüfung
Aufwendungsersatz bei Irrtum des Mieters über Pflicht zur Vornahme von Schönheitsreparaturen
Keine unbeschränkte Haftung des Bürgen für Verbindlichkeiten des Mieters
Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen
Kein unberechtigter Ausweis von Umsatzsteuer durch bloßes Überlassen eines Briefbogens
Kein Vorsteuerabzug bei gesondertem Umsatzsteuerausweis eines Kleinunternehmers
Lieferung medizinischen Haarersatzes unterliegt dem Regelsteuersatz
Parkchips mindern nicht das umsatzsteuerliche Entgelt
Voller Umsatzsteuersatz für Disco-Partys
Haftung der Wohnungseigentümer für ein durch den Verwalter aufgenommenes Darlehen
Gebrauchtwagenkauf: Nachweis eines Sachmangels
Schrottimmobilien: Widerruf bei kreditfinanzierter Immobilienfondsbeteiligung
Erstattung von Einfuhrabgaben bei wegen Schadhafteit zurückgewiesenen Waren

Mit freundlichen Grüßen

Schäfer

(Dr. Schäfer)

Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Termine September 2006

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag²	11.9.2006	14.9.2006	11.9.2006
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Ab dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer nach dem 31.12.2004 erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	11.9.2006	14.9.2006	11.9.2006
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	11.9.2006	14.9.2006	11.9.2006
Umsatzsteuer³	11.9.2006	14.9.2006	11.9.2006

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Für den abgelaufenen Monat.

³ Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat.

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.7.2004:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.7. bis 31.12.2004	1,13 %	6,13 %	9,13 %
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %
1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %
1.7. bis 31.12.2006	1,95 %	6,95 %	9,95 %

Haftung trotz Aufteilung der Steuerschuld

Kann der Ehemann als Mittäter einer Steuerhinterziehung seiner Ehefrau nicht als Steuerschuldner in Anspruch genommen werden, hindert dies nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs nicht seine Inanspruchnahme als Haftender.

Zusammen veranlagte Ehegatten sind zunächst Gesamtschuldner ihrer Einkommensteuer und damit gleichzeitig auch Zahlungsverpflichtete. Beantragen die Ehegatten danach im Zuge der Vollstreckung die Aufteilung der Einkommensteuer, bleibt die Gesamtschuldnerschaft bestehen. Zahlungsverpflichtet ist allerdings jeder Ehegatte nur noch hinsichtlich des nach der Aufteilung auf ihn entfallenden Teilbetrags. Hinsichtlich des auf den jeweils anderen Ehegatten entfallenden Anteils an der Steuerschuld ist aber die Inanspruchnahme als Haftender möglich. Steuerschuldnerschaft und haftungsbedingte Inanspruchnahme schließen sich nur hinsichtlich der eigenen Steuerschuld aus.

Im Urteilsfall wurden die Eheleute zusammen zur Einkommensteuer veranlagt. Das Finanzamt hatte bei der Ehefrau Steuerhinterziehungen festgestellt. Sie resultierten aus der nicht vollständigen Erfassung von Einnahmen in dem von ihr betriebenen Unternehmen. Bezüglich der in den nachfolgenden Einkommensteuerbescheiden festgesetzten Steuer beantragten die Eheleute im Zuge der Vollstreckung deren Aufteilung. Dadurch entfielen die gesamten Nachforderungsbeträge auf die Ehefrau. Allerdings hatte der Ehemann als Angestellter seiner Ehefrau in erheblichem Umfang an deren Steuerhinterziehung mitgewirkt. Dafür wurde er als Haftender durch Haftungsbescheid in Anspruch genommen.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Benachteiligungsverbot, Rechtfertigungsmöglichkeiten und Sanktionen

Im August 2006 ist nach langer Debatte das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten. Kern dieses Gesetzes ist das Benachteiligungsverbot, wonach Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verboten sind.

Den Arbeitgeber trifft grundsätzlich die Pflicht, Benachteiligungen aus diesen Gründen zu unterlassen, zu verhindern oder zu beseitigen. Dies gilt für alle Phasen des Arbeitsverhältnisses, von der Stellenausschreibung über die Einstellung, die Beförderung bis hin zur Beendigung. Für Kündigungen sollen allerdings ausschließlich die Bestimmungen zum allgemeinen und besonderen Kündigungsschutz gelten.

Mit Rücksicht auf eine in der Praxis oftmals gebotene differenzierende Behandlung von Arbeitnehmern sieht das Gesetz ausdrücklich Rechtfertigungsmöglichkeiten vor. Während Rechtfertigungen für Differenzierungen wegen der Rasse oder ethnischen Herkunft und wegen des Geschlechts allerdings kaum vorstellbar sind, können unterschiedliche Behandlungen in den Bereichen Behinderung, Religion und Weltanschauung sowie Alter durchaus zulässig sein. Grundsätzlich gilt, dass ein Verstoß gerechtfertigt ist, wenn das betroffene Merkmal wegen der Art der auszuübenden Tätigkeit oder der Bedingungen ihrer Ausübung eine wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung darstellt.

Als Sanktionen für eine ungerechtfertigte Diskriminierung sieht das Gesetz die Zahlung von Entschädigung und Schadensersatz vor. Nicht erzwingbar ist allerdings der Abschluss eines Arbeitsvertrags bzw. eine Beförderung. Im Fall der Belästigung am Arbeitsplatz steht dem Arbeitnehmer ein Leistungsverweigerungsrecht zu, wenn der Arbeitgeber keine geeigneten Maßnahmen zur Unterbindung ergreift.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Pflichten und Handlungsspielräume des Arbeitgebers

Nach dem im August 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) trifft den Arbeitgeber grundsätzlich die Pflicht, Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu unterlassen, zu verhindern oder zu beseitigen.

Die ihm danach verbleibenden Entscheidungsspielräume kann der Arbeitgeber nur wahren, wenn er die nachstehend aufgeführten Pflichten kennt und erfüllt:

- Arbeitsplätze sind, auch im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, neutral und damit diskriminierungsfrei auszuschreiben. **Stellenausschreibungen** sollten deshalb so formuliert werden, dass sie sich ausschließlich auf

die Tätigkeit selbst beziehen und nur Anforderungen auflisten, die für die ausgeschriebene Stelle wirklich erforderlich sind.

- Im Zusammenhang mit der **Einstellung** sollten im Vorstellungsgespräch oder in einem Einstellungsfragebogen Fragen nach Diskriminierungsmerkmalen vermieden werden. Die der Personalentscheidung zu Grunde liegenden Fakten sollten unter Heranziehung des zuvor erstellten qualifizierten Anforderungsprofils möglichst neutral, aber nachvollziehbar dokumentiert werden. Ebenso neutral sollten Absageschreiben an abgelehnte Bewerber formuliert werden.
- Bei **bestehenden Arbeitsverhältnissen** sollte der Arbeitgeber seine Vergütungsregelungen daraufhin überprüfen, ob mit der Zahlung bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern - z. B. Ledige - unzulässig benachteiligt werden. Auf religiöse Belange des Beschäftigten ist Rücksicht zu nehmen, soweit dem nicht betriebliche Belange entgegenstehen.
- Wegen Verstoßes gegen europäische Vorgaben könnte das AGG entgegen der ausdrücklichen gesetzlichen Regelung auch bei **Kündigungen** Anwendung finden. Deshalb sollte als Vorsichtsmaßnahme in jedem einzelnen Fall die Gründe für die Kündigung dargelegt und dokumentiert werden.

Im Rahmen der sonstigen Organisationspflichten hat der Arbeitgeber folgende Vorkehrungen zu treffen:

- Ausreichende Schulungen der Beschäftigten zum Zweck der Verhinderung von Benachteiligungen.
- Maßnahmen zur Unterbindung der Benachteiligung durch Beschäftigte, z. B. Ermahnung, Abmahnung, Umsetzung, Versetzung und Kündigung.
- Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligungen durch Dritte, z. B. Lieferanten oder Kunden.
- Bekanntgabe des AGG, des § 61b ArbGG (Besondere Vorschriften für Klagen wegen geschlechtsbedingter Benachteiligung) und von Informationen über die innerbetriebliche Beschwerdestelle im Betrieb z. B. durch Aushang.

Aus Vorsichtsgründen sollte der Arbeitgeber darüber hinaus seine Erwägungen bei Personalentscheidungen dokumentieren, Arbeitsverträge und Kollektivvereinbarungen auf unzulässige Benachteiligungen hin überprüfen und in Betriebsvereinbarungen Diskriminierungsfragen aufnehmen bzw. vorhandene an die Maßstäbe des AGG anpassen.

Durch Ehemann verschuldete verspätete Weitergabe eines Kündigungsschreibens

Lässt ein Arbeitgeber ein an eine Mitarbeiterin gerichtetes Kündigungsschreiben in deren Hausbriefkasten einwerfen und nimmt der Ehemann der Arbeitnehmerin dieses Schreiben an sich, so dass sie von dem Schreiben zunächst nichts erfährt, so kann die Arbeitnehmerin auch dann noch Kündigungsschutzklage erheben, wenn die Frist hierfür eigentlich abgelaufen ist. Das Verhalten ihres Ehemanns braucht sie sich insofern nicht anrechnen zu lassen.

Dies hat das Landesarbeitsgericht Hamm entschieden.

Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gegenüber alkoholkrankem Arbeitnehmer

Ein Arbeitgeber ist auch unter Fürsorgegesichtspunkten nicht verpflichtet, das von einem alkoholkranken Arbeitnehmer während eines Abmahngesprächs gemachte Angebot, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, abzulehnen. Dies hat das Landesarbeitsgericht Köln entschieden.

In dem zu Grunde liegenden Fall hatte ein Gleisarbeiter im Rahmen eines sog. verschärften Konfliktgesprächs einen Aufhebungsvertrag vorgeschlagen, vorgelegt erhalten und unterschrieben.

Die Fürsorgepflicht stellt nach Auffassung des Gerichts eine Nebenpflicht des bestehenden Arbeitsverhältnisses dar. Sie hat zum Inhalt, vermeidbare Nachteile im Rahmen der Durchführung des Vertrags vom Arbeitnehmer fern zu halten. Ausfluss der Fürsorgepflicht kann es deshalb sein, einen alkoholkranken Arbeitnehmer intensiv darauf hinzuweisen, welches Verhalten von ihm erwartet wird, wenn er das Arbeitsverhältnis aufrechterhalten will. Nicht Gegenstand der Fürsorgepflicht ist es aber, den Arbeitnehmer von der Abgabe von Willenserklärungen abzuhalten, die darauf gerichtet sind, das Arbeitsverhältnis zu beenden. Die Verantwortung hierfür trage der Arbeitnehmer grundsätzlich allein. Soweit er nicht in seiner Geistestätigkeit gestört oder geschäftsunfähig ist, ist es nicht Aufgabe des Arbeitgebers, den Arbeitnehmer dahingehend zu bevormunden, dass Vertragsaufhebungsangebote von diesem nicht abgegeben werden.

Wer nicht will, dass ihn sein Arbeitgeber bezüglich der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses beim Wort nimmt, sollte also keinen Aufhebungsvertrag vorschlagen oder unterschreiben.

Steuerberechnung für die letzte von mehreren Schenkungen unter Berücksichtigung nicht abzugsfähiger Belastung auf Vorschenkung

Die Tochter erhielt von ihrer Mutter 1989 Bargeld und 1994 einen Miteigentumsanteil unter Nießbrauchsvorbehalt zu Gunsten der Mutter geschenkt. 1997 verzichtete die Mutter gegenüber der Tochter auf die Rückzahlung von Darlehen. Die ersten beiden Schenkungen überschritten nicht den der Tochter zustehenden Freibetrag. Erst unter Einbeziehung des Rückzahlungsverzichts kam es zur Festsetzung von Schenkungsteuer. Das Finanzamt lehnte es ab, die auf den nicht abzugsfähigen Nießbrauchsvorbehalt entfallende Steuer bis zu seinem Wegfall zu stunden.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Berechnungsmethode des Finanzamts. Die Möglichkeit der Steuerstundung für den Teil der Steuer, die auf das von dem Abzugsverbot betroffene Nießbrauchsrecht entfällt, ergibt sich nur bei der Berechnung der Steuer für diesen konkreten Erwerbsfall.

Mit der Berücksichtigung von Vorerwerben wird lediglich eine besondere Anordnung für die Berechnung der Steuer getroffen, die für den jeweils letzten Erwerb innerhalb des Zehnjahreszeitraums festzusetzen ist. Es werden weder frühere Steuerfestsetzungen mit der Steuerfestsetzung des letzten Erwerbs zusammengefasst, noch einzelne Erwerbe innerhalb des Zehnjahreszeitraums zu einem einheitlichen Erwerb verbunden. Die einzelnen Erwerbe unterliegen jeweils für sich der Steuer. Liegen deshalb beim letzten Erwerb die Voraussetzungen für eine Stundung der Steuer nicht vor, kann selbst dann keine Steuer gestundet werden, wenn die Belastung mit einem Nießbrauchsrecht aus einer Vorschenkung zum Zeitpunkt der letzten Schenkung noch fortbesteht.

Abfallwirtschaftsberatung kann freiberufliche Tätigkeit sein

Abfallwirtschaftsberatung kann nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs eine ingenieurähnliche Tätigkeit sein. Dabei muss sich die Tätigkeit zumindest auf einen der Kernbereiche einer vergleichbaren Ingenieurtätigkeit erstrecken. Dazu gehört auch die beratende Tätigkeit. Letztere darf allerdings nicht auf bloße Absatzförderung gerichtet sein.

Voraussetzung für die Anerkennung eines ingenieurähnlichen Berufs ist eine Vergleichbarkeit mit dem Katalogberuf sowohl in der Ausbildung als auch in der beruflichen Tätigkeit. Setzt der Katalogberuf eine qualifizierte Ausbildung voraus, wird auch für den ähnlichen Beruf eine vergleichbare Ausbildung verlangt. Die Ausbildung muss mit der in den Ingenieurgesetzen vorgeschriebenen Ausbildung in Tiefe und Breite vergleichbar sein. Dazu bedarf es aber nicht notwendigerweise eines förmlichen Ausbildungsgangs. Vergleichbare Kenntnisse können auch im Wege der Fortbildung und des Selbststudiums erworben werden. Letztlich ist eine Nachweisführung auch anhand eigener praktischer Arbeiten möglich. Dies setzt allerdings voraus, dass die Tätigkeit besonders anspruchsvoll ist und sowohl der Tiefe als auch der Breite nach zumindest das Wissen eines Kernbereichs eines Fachstudiums voraussetzt. Zusätzlich müssen die vorgelegten oder beschriebenen Arbeiten einen der Ingenieurtätigkeit vergleichbaren Schwierigkeitsgrad aufweisen und den Schwerpunkt der Tätigkeit bilden.

Anwendung der 1 %-Regelung auf nicht überwiegend betrieblich genutzte Leasingfahrzeuge

Ein selbstständiger Facharzt, der zugleich Konsiliararzt in einem Krankenhaus war, ermittelte die private Nutzung seines geleasteten Personenkraftwagens nach der 1 %-Regelung. Das Finanzamt ermittelte auf Grund der Jahresfahrleistung eine private Nutzung in Höhe von 78,1 % und setzte nur 21,9 % der Aufwendungen als Betriebsausgaben an.

Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Handhabung, da das Kraftfahrzeug nicht zum notwendigen Betriebsvermögen des Arztes gehörte.

Auf Grund des Gesetzes zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen ist die steuerliche 1 %-Regelung bei Selbstständigen seit dem 1.1.2006 auf Fahrzeuge beschränkt, die zu mehr als 50 % (notwendiges Betriebsvermögen) beruflich genutzt werden.

Auch rechtsgrundlose Leistungen des Arbeitgebers sind Arbeitslohn

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass eine Zahlung des Arbeitgebers, die durch das Arbeitsverhältnis veranlasst ist, zu steuerpflichtigem Arbeitslohn führt, auch wenn sie ohne Rechtsgrund erfolgt ist. Muss der Arbeitnehmer den überzahlten Arbeitslohn später zurückzahlen, ist der Betrag erst im Zeitpunkt des Abflusses steuermindernd zu berücksichtigen.

In dem entschiedenen Fall ging es um Krankengeld. Der Arbeitnehmer war rückwirkend für berufsunfähig erklärt worden. Deshalb vereinbarten Arbeitgeber und Arbeitnehmer rückwirkend eine teilweise Rückzahlung des Krankengelds. Durch die Vereinbarung entfiel der Rechtsgrund für die Zahlung des Arbeitgebers.

Das Krankengeld ist steuerlich Arbeitslohn, weil ein objektiver Veranlassungszusammenhang zwischen den Einnahmen und dem Dienstverhältnis besteht. Dieser objektive Veranlassungszusammenhang wird nicht dadurch aufgelöst, dass der Arbeitgeber überzahlten Lohn zurückfordert. Ob Zahlungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer bei diesem verbleiben können, ist für die Frage des Zuflusses von Arbeitslohn unerheblich. Arbeitslohn ist zugeflossen, wenn der Arbeitnehmer zu irgendeinem Zeitpunkt die wirtschaftliche Verfügungsmacht über das Geld erlangt hat.

Zurückgezahlte Einnahmen sind erst im Zeitpunkt des Abflusses als negative Einnahmen zu berücksichtigen.

Bestellung eines dinglichen Wohnrechts gegen Übertragung eines Grundstücks im privaten Bereich

Bereits 1991 hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass der Erwerb eines Grundstücks gegen die Verpflichtung, dieses zu bebauen und dem Veräußerer ein dingliches Wohnrecht an einer Wohnung zu bestellen, als Anschaffungsgeschäft des Grundstücks zu beurteilen ist. Dieses Urteil wurde mit einem Nichtanwendungserlass belegt.

An dieser Auffassung will die Finanzverwaltung nicht mehr festhalten. Die Grundsätze des Urteils sollen in allen noch offenen Fällen angewendet werden. Führt diese Anwendung zu einem Nachteil gegenüber der bisherigen Verwaltungsauffassung, gilt die geänderte Betrachtung für Übertragungsverträge, die nach dem 31. Mai 2006 abgeschlossen wurden.

Betriebsunterbrechung beim vormaligen Besitzunternehmen

Eine Betriebsaufspaltung endet, wenn die sachliche Verflechtung zwischen dem Besitzunternehmen und der Betriebsgesellschaft entfällt. Das führt bei dem Besitzunternehmen in der Regel zur Aufgabe des Gewerbebetriebs und zur Versteuerung der vorhandenen stillen Reserven. Die Versteuerung tritt nicht ein, wenn die Voraussetzungen einer Betriebsverpachtung im Ganzen oder eine vorübergehende Betriebsunterbrechung vorliegen. Eine Betriebsverpachtung im Ganzen setzt die Fortführung der Verpachtung des Betriebs an die Betriebsgesellschaft voraus. Eine vorübergehende Betriebsunterbrechung wird solange angenommen, wie das Besitzunternehmen die gewerbliche Tätigkeit mit dem gleichen oder einem anderen Betriebsunternehmen wieder aufnehmen oder die Tätigkeit des Betriebsunternehmens selbst ausüben kann. Erst mit der Abgabe einer eindeutigen Betriebsaufgabeerklärung wird in solchen Fällen nicht mehr von einer Betriebsunterbrechung ausgegangen.

Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Rechtsprechung erneut bei einer Betriebsaufspaltung zwischen einer Kommanditgesellschaft und einem Betriebsunternehmen in der Form einer GmbH. Die Kommanditgesellschaft hatte nach der Beendigung der Betriebsaufspaltung die freigewordenen Gewerbeflächen an verschiedene Gewerbetreibende vermietet. Das Gericht ging von einer Betriebsunterbrechung aus, da auf Grund der Vermietung an verschiedene Gewerbetreibende eine Betriebsverpachtung im Ganzen nicht gegeben war. Das Verpächterwahlrecht steht nach dieser Rechtsprechung auch einem ehemaligen Besitzunternehmen zu, wenn es die wesentlichen Betriebsgrundlagen nicht veräußert.

Das Krankengeld eines freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten ist eine Lohnersatzleistung

Das Einkommensteuergesetz beinhaltet eine Reihe von Steuerbefreiungsvorschriften, die im Grunde zu einer doppelten Entlastung führen. Die entsprechenden Einkünfte bleiben steuerfrei und zudem kommt auf Grund der Progression auf das verbleibende zu versteuernde Einkommen nur ein niedriger Steuersatz zur Anwendung. Der sog. Progressionsvorbehalt korrigiert diesen Effekt. Danach wird der Steuersatz so bemessen, als ob die steuerbefreiten Einkünfte bei der Einkommensbesteuerung einbezogen würden.

Dem Progressionsvorbehalt unterliegen u. a. die sog. Lohnersatzleistungen. Zu den Lohnersatzleistungen gehören z. B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Arbeitslosengeld, Winterausfallgeld, Kurzarbeitergeld.

Bezieht ein freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherter Krankengeld, stellt das gezahlte Krankengeld eine Lohnersatzleistung dar. Das Krankengeld unterliegt dem Progressionsvorbehalt. So entschied das Schleswig-Holsteinische Finanzgericht.

Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

Ein Notar als Mittelverwender erzielt Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit

Die selbstständig ausgeübte Tätigkeit eines Notars gehört zu den freiberuflichen Tätigkeiten. Seine Einkünfte werden als Einkünfte aus selbstständiger Arbeit versteuert und unterliegen nicht der Gewerbesteuer.

Zu den berufstypischen Tätigkeiten eines Notars gehört auch die treuhänderische Verwahrung von Geldern. Dabei muss ein objektives Sicherungsinteresse für z. B. Anleger an der Verwahrung von Geld durch einen Notar bestehen.

Im Rahmen der Mittelverwendungskontrolle für eine Schiffsbeteiligungs-KG verwahrte ein Notar die Anlegergelder. Nach rechtlichen Prüfungen und vertraglich festgelegten Fälligkeitsvoraussetzungen zahlte er die Gelder an die KG aus.

Das Finanzgericht Düsseldorf entschied, dass diese Mittelverwendung zu den typischen freiberuflichen Tätigkeiten eines Notars gehört.

Einnahmen von Chefarzten aus der Erbringung wahlärztlicher Leistungen im Krankenhaus

Nach Ansicht des Bundesfinanzhofs stellen Einnahmen eines angestellten Chefarztes aus dem ihm eingeräumten Liquidationsrecht grundsätzlich Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit dar. In Ausnahmefällen können jedoch auch Einkünfte aus selbstständiger Arbeit vorliegen. Dies ist nach Aussage des Bayerischen Landesamts für Steuern insbesondere dann der Fall, wenn

- die Erbringung der wahlärztlichen Leistung nicht gegenüber dem Krankenhaus geschuldet wird,
- der liquidationsberechtigte Arzt die wahlärztliche Leistung direkt mit dem Patienten vereinbart und er hierdurch unmittelbar verpflichtet wird,
- nur der liquidationsberechtigte Arzt für die von ihm vorgenommenen wahlärztlichen Behandlungen haftet.

Erfüllungsrückstand bei zeitweiser Freistellung von Mietzahlungen

Bei schwebenden Geschäften stehen sich Forderung und Gegenforderung ausgleichend gegenüber, weil noch keine der Vertragsparteien eine Leistung erbracht hat. Deshalb werden schwebende Geschäfte in der Buchführung nicht erfasst und führen nicht zu einem Ausweis in der Bilanz der Unternehmen. Das gilt auch für Verträge, die auf eine dauerhafte Leistungserbringung (z. B. Mietverträge) gerichtet sind.

Deshalb versagte das Finanzamt einem Unternehmen die Bildung einer Rückstellung für einen Erfüllungsrückstand aus einem Mietvertrag. Der Mietvertrag war auf zehn Jahre abgeschlossen worden und gewährte dem mietenden Unternehmen eine kostenfreie Mietzeit von elf Monaten zu Beginn des Mietverhältnisses.

Der Bundesfinanzhof ließ die Bildung einer Rückstellung ebenfalls nicht zu, da auf Grund der Vereinbarungen im Mietvertrag kein Erfüllungsrückstand gegeben war. Ein Erfüllungsrückstand hätte eine Vorleistung des Mieters vorausgesetzt, die den kostenfreien Mietmonaten zweckgerichtet und zeitlich zuzuordnen gewesen wäre.

Ertragsteuerliche Auswirkung der Umsatzsteuerfreiheit von Umsätzen aus Geldspielautomaten

Der Europäische Gerichtshof hatte im Jahr 2005 entschieden, dass die Veranstaltung oder der Betrieb von Glücksspielen oder Glücksspielgeräten außerhalb zugelassener öffentlicher Spielbanken nicht der Umsatzsteuer unterworfen werden dürfen, wenn die gleichen Tätigkeiten in solchen Spielbanken umsatzsteuerfrei sind. Dem ist der Bundesfinanzhof gefolgt.

Nunmehr weist das Bundesministerium der Finanzen darauf hin, welche ertragsteuerlichen Folgen aus diesem Urteil zu ziehen sind:

Forderung auf Erstattung von Umsatzsteuer

- Eine Forderung auf Erstattung der Umsatzsteuer ist in der Schlussbilanz des ersten nach dem Datum der Gerichtsentscheidung (17.2.2005) endenden Wirtschaftsjahrs auszuweisen. Ein Ausweis in davor liegenden Wirtschaftsjahren darf nicht erfolgen, weil es sich um umstrittene Forderungen handelte.

Verbindlichkeit zur Zahlung von Umsatzsteuer

- Die Zahlungsverpflichtung ist frühestens in der ersten nach dem Datum der EuGH-Entscheidung (17.2.2005), spätestens aber nach dem Datum der Veröffentlichung des Urteils des Bundesfinanzhofs (30.9.2005) zu erstellenden Bilanz zu passivieren.

Änderung der Umsatzsteuerfestsetzung für das Anschaffungs-/Herstellungsjahr

- Auf Grund der Steuerfreiheit kann für den entsprechenden Zeitraum keine Vorsteuer abgezogen werden. Ein Fall der Vorsteuerberichtigung liegt nicht vor. Deshalb ist Folgendes zu beachten:
 - Ist die Bilanz des Anschaffungs-/Herstellungsjahrs bereits aufgestellt, ist diese nicht fehlerhaft. Die zurückzuzahlende Vorsteuer ist als nachträgliche Anschaffungskosten mit dem Restbuchwert z. B. des Geldspielgeräts zu aktivieren und über die Restnutzungsdauer abzuschreiben. Ist z. B. dieses Geldspielgerät bereits abgeschrieben, sind die Vorsteuerbeträge sofort als Betriebsausgaben abzugsfähig.
 - Ist die Bilanz noch nicht aufgestellt, sind die nicht abziehbaren Vorsteuerbeträge den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuzurechnen.

Änderung der Umsatzsteuerfestsetzung für Jahre nach dem Anschaffungs-/Herstellungsjahr

- Ist die Umsatzsteuerfestsetzung für das Anschaffungs-/Herstellungsjahr nicht mehr änderbar, so ist der sich aus der Berichtigung des Vorsteuerabzugs ergebende Betrag voll als Betriebsausgaben zu berücksichtigen.

Änderung der Umsatzsteuerfestsetzung nach Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe

- Umsatzsteuererstattungen oder Umsatzsteuerrückzahlungen sind als nachträgliche Einkünfte zu erfassen, wenn ein Betrieb veräußert oder aufgegeben worden ist und die Beträge nicht in der letzten Schlussbilanz erfasst werden konnten.
- Der Veräußerungs- oder Aufgabegewinn verändert sich dadurch nicht. Die nachträglichen Einkünfte sind als laufender Gewinn/Verlust zu berücksichtigen.

Ertragsteuerliche Behandlung von Vermächtnisansprüchen in Gestalt von wiederkehrenden Leistungen

Wiederkehrende Leistungen, die der Erbe wegen eines Vermächtnisses an einen Dritten zu zahlen hat, können bei diesem entweder steuerfrei oder steuerpflichtig sein. Die Zuordnung hängt davon ab, ob der Empfänger der Bezüge zum sog. Generationennachfolge-Verband gehört oder nicht. Zum Verband gehören nur solche Personen, die Pflichtteils- oder ähnliche Ansprüche (Zugewinnausgleich) gegenüber dem Erben bzw. dem sonstigen letztwillig bedachten Vermögensübernehmer hätten geltend machen können. Statt dieser Ansprüche, auf die sie verzichten, erhalten sie die ausgesetzten Versorgungsleistungen.

Werden von einem Erben wiederkehrende Leistungen an eine Person erbracht, die dem Generationennachfolge-Verband angehört, sind die Leistungen beim Empfänger als sonstige Einkünfte steuerbar und beim Leistenden als Sonderausgaben abzugsfähig. In den anderen Fällen sind die Leistungen beim Erben steuerlich nicht abzugsfähig und beim Empfänger nicht steuerbar.

Vorstehende Grundsätze ergeben sich aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs. Dem lag der Fall zu Grunde, dass der Vater mit seiner Tochter zu Lebzeiten einen Pflichtteilsverzichtsvertrag abgeschlossen hat. Trotzdem verfügte er zu deren Gunsten in seinem Testament weitere wiederkehrende Leistungen, die der Erbe zu zahlen hatte. Die Tochter gehört zwar zum Generationennachfolge-Verbund, aus diesem war sie jedoch durch die Pflichtteilsverzichtserklärung ausgeschieden. Diese Beurteilung führte in dem konkreten Urteilsfall zur Steuerfreiheit der wiederkehrenden Leistungen bei der Tochter mit der Folge der Nichtabzugsfähigkeit der entsprechenden Aufwendungen beim Erben.

Keine Entnahme bisher landwirtschaftlich genutzter Grundstücke ohne eindeutige Entnahmehandlung

Ein Landwirt hatte in seiner Steuererklärung die Verpachtung seines bisher landwirtschaftlich genutzten Grundstücks in der Anlage L angegeben. Er war von einer steuerfreien Entnahme des Grundstücks in sein Privatvermögen ausgegangen.

Der Bundesfinanzhof bestätigte in einem Beschluss die geltende Rechtsprechung, dass eine Nutzungsänderung der bisher landwirtschaftlich genutzten Grundstücke, die nicht zwangsläufig zum notwendigen Privatvermögen führt, keine Entnahmehandlung darstellt. Bei einer steuerlich anzuerkennenden Entnahmehandlung bedarf es einer unmissverständlichen, von einem Entnahmewilligen getragenen Entnahmehandlung. Eine solche Entnahmehandlung liegt nicht vor, solange der Landwirt die steuerlich gebotenen Folgerungen nicht zieht und keinen Entnahmegewinn in seiner Steuererklärung angibt.

Kinder: U. a. kein Abzug privater Krankenversicherungsbeiträge bei der Berechnung des Jahresgrenzbetrags

Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden nicht berücksichtigt, soweit sie eigene Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung ihres Unterhalts oder ihrer Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, von derzeit mehr als 7.680 € (Jahresgrenzbetrag) haben. Es ist noch nicht abschließend geklärt, wie dieser Jahresgrenzbetrag zu ermitteln ist. Einem Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf sind einige Klarstellungen zu entnehmen:

- Beiträge zur privaten Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung mindern nicht die Bemessungsgrundlage für den Jahresgrenzbetrag. Beiträge für eine private Zusatzversicherung für Zahnersatz sind allerdings zu berücksichtigen.
- Vermögenswirksame Leistungen sind bei der Bemessung des Grenzbetrags ebenfalls nicht mindernd abzusetzen.
- Die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung am Ausbildungsort des Kinds sind nicht als Aufwendungen für besondere Ausbildungszwecke abzugsfähig. Dies gilt nur für die Berechnung des Jahresgrenzbetrags für das Kindergeld. Gleichwohl können diese Aufwendungen Werbungskosten bei der Einkünfteermittlung sein. Durch diese Differenzierung hat das Finanzgericht auch noch einmal klargestellt, dass ein Einkommensteuerbescheid kein Grundlagenbescheid für die Kindergeldfestsetzung ist.

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof diese Auffassungen teilt.

Hinweis: Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang des vergangenen Jahres entschieden, dass die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge die Bemessungsgröße für den Jahresgrenzbetrag mindern.

Lohnsteuerliche Behandlung der Einnahmen von Chefärzten aus der Erbringung wahlärztlicher Leistungen im Krankenhaus

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs sind Liquidationseinnahmen für wahlärztliche Leistungen der Chefärzte grundsätzlich Arbeitslohn, wenn die Leistungen im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis erbracht werden. Die Grundsätze dieses Urteils sind allgemein ab Januar 2006 anzuwenden. Zur Abgrenzung, ob diese Leistungen selbstständig oder nichtselbstständig erbracht werden, äußert sich das Bayerische Landesamt für Steuern. Danach spricht für das Vorliegen von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit insbesondere Folgendes:

- Der Vertrag für die Erbringung der Leistungen wird zwischen dem Krankenhaus und dem Patienten geschlossen. Ob der Arzt oder das Krankenhaus liquidationsberechtigt ist, ist unerheblich.
- Auch wenn der Vertrag zwischen dem Arzt und dem Patienten geschlossen wird und die Liquidation durch das Krankenhaus erfolgt, ist von Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit auszugehen.
- Der betroffene Arzt hat nur eine begrenzte Möglichkeit, den Umfang der wahlärztlichen Leistungen zu bestimmen.

Der Krankenhausträger hat in diesen Fällen den Lohnsteuerabzug vorzunehmen. Dabei ist es zulässig, die Lohnsteuer von dem Betrag zu berechnen, der dem Arzt nach Abzug der gesetzlichen oder vertraglich geschuldeten und aus dem Bruttoerlös zu bestreitenden Zahlungen verbleibt.

Mitunternehmerstellung des Gesellschafters einer GbR

Zwei Unternehmen in der Gesellschaftsform der GmbH gründeten eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Unternehmensgegenstand der GbR war der Erwerb und die Bebauung eines Grundstücks. Beide Gesellschafter waren zur Geschäftsführung einzeln berechtigt und auch verpflichtet. In einer Zusatzvereinbarung zum Gesellschaftsvertrag der GbR war eine Aufgabenteilung der Gesellschafter vorgeschrieben. Daraus ergaben sich

unterschiedliche Behandlungen in der Gewinnverteilung auf die Gesellschafter. Ein Gesellschafter erhielt einen betragslich festgelegten einmaligen Gewinnanteil und war darüber hinaus von der Ergebnisverteilung ausgeschlossen. Das Finanzamt sah deshalb keine Mitunternehmereigenschaft bei diesem Gesellschafter.

Der Bundesfinanzhof nahm einen Vergleich zu der Mitunternehmerschaft eines Komplementärs bei einer Kommanditgesellschaft vor. Eine Mitunternehmerschaft sei nicht alleine dadurch ausgeschlossen, dass der Gesellschafter weder am Gewinn noch am Verlust beteiligt wäre. Maßgebend sei viel mehr die Ausübung von Mitunternehmerinitiative und das zu tragende Mitunternehmerisiko. Ausreichend sei bereits die Ausübung von Gesellschafterrechten, die wenigstens den Stimm-, Kontroll- und Widerspruchsrechten eines Kommanditisten angenähert sind. Im Übrigen könne ein geringeres mitunternehmerisches Risiko durch eine besonders stark ausgeprägte Mitunternehmerinitiative ausgeglichen werden. Im vorliegenden Fall sprachen für eine Mitunternehmereigenschaft bereits die Regelungen des Gesellschaftsvertrags über die Geschäftsführungsbefugnis und das Vertretungsrecht.

Nachweispflichten für die Anwendung der 1 %-Regelung betrieblicher Fahrzeuge

Auf Grund des Gesetzes zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen ist die steuerliche 1 %-Regelung bei Selbstständigen seit dem 1.1.2006 auf Fahrzeuge beschränkt, die zu mehr als 50 % (notwendiges Betriebsvermögen) beruflich genutzt werden. Bei einer betrieblichen Nutzung von 10 % bis 50 % (gewillkürtes Betriebsvermögen) wird der Privatanteil des Fahrzeugs geschätzt.

Nunmehr hat das Bundesministerium der Finanzen dargelegt, wie der Nachweis der betrieblichen Nutzung zu führen ist:

Umfang der betrieblichen Nutzung

- Als betriebliche Nutzung eines Fahrzeugs werden alle Fahrten angesehen, die in einem tatsächlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Betrieb stehen. Auch die Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte sowie Familienheimfahrten fallen darunter.
- Überlässt der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer ein Dienstfahrzeug zur privaten Mitnutzung, ist dies eine betriebliche Nutzung. Es bleibt bei der 1 %-Regelung.

Nachweis der betrieblichen Nutzung

- Der Umfang der betrieblichen Nutzung ist von allen Unternehmen darzulegen und glaubhaft zu machen.
- Dies kann in jeder geeigneten Form erfolgen: z. B. durch Eintragungen im Terminkalender, Abrechnung gefahrener Kilometer gegenüber Auftraggebern, Reisekostenabrechnungen.
- Alternativ reichen formlose Aufzeichnungen über einen repräsentativen Zeitraum (i. d. R. drei Monate): Dabei sind lediglich Angaben über die betrieblich veranlassten Fahrten (jeweiliger Anlass und die jeweils zurückgelegte Strecke) und die Kilometerstände zu Beginn und Ende des Aufzeichnungszeitraums zu machen.
- Ist der betriebliche Nutzungsumfang einmal dargelegt worden, so gilt er auch für die folgenden Veranlagungszeiträume. Bei wesentlichen Änderungen (z. B. Wechsel der Fahrzeugklasse, Verminderung der km bei Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte) muss der Nachweis neu geführt werden.
- Auf den Nachweis der betrieblichen Nutzung kann verzichtet werden, wenn sich bereits aus Art und Umfang der Tätigkeit ergibt, dass das Kfz zu mehr als 50 % betrieblich genutzt wird (i. d. R. z. B. für Taxiunternehmen, Handelsvertreter, Handwerker der Bau- und Baunebengewerbe, Landtierärzte). Dies gilt, wenn mehrere Kfz im Betriebsvermögen gehalten werden, nur für das Kfz mit der höchsten Jahreskilometerleistung. Für die weiteren Kfz muss der Nachweis auf jeden Fall geführt werden.

Steuerliche Behandlung des privaten Nutzungsanteils bei Ausschluss der 1 %-Regelung

Ergibt der Nachweis über die betriebliche Nutzung eines Kfz mehr als 10 %, aber nicht mehr als 50 %, dann darf der private Nutzungsanteil nicht nach der so genannten 1 %-Regelung ermittelt werden.

Die gesamten angemessenen Kfz-Aufwendungen sind als Betriebsausgabe absetzbar. Die nicht auf betriebliche Fahrten entfallenden Aufwendungen sind als Entnahme zu erfassen, die auch Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer ist.

Beispiel:

Unternehmer A hat Gesamtaufwendungen von 9.000 € für sein Kfz. Auf Grund des Nachweises entfallen auf die betriebliche Nutzung 30 %. Demnach sind 70 % von 9.000 €, also 6.300 € als Entnahme zu erfassen. Dieser Betrag unterliegt dann auch der Umsatzsteuer, wenn der Unternehmer umsatzsteuerpflichtig ist. Aus den Gesamtaufwendungen sind die nicht mit Vorsteuer belasteten Kosten in der belegmäßig nachgewiesenen Höhe auszuschalten.

Rückstellung für Recyclingkosten

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs können Unternehmen, die Bauschutt recyceln, für nach dem Bilanzstichtag anstehende Aufbereitungsarbeiten Rückstellungen bilden. Voraussetzung ist, dass überwiegend wahrscheinlich ist, dass das Unternehmen aus den öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen wird. Damit bestätigt das Gericht seine bisherige Rechtsprechung.

Die Höhe der Rückstellung richtet sich nach den jeweils im Folgejahr auf das Unternehmen zukommenden Recyclingkosten. Für Kosten, mit denen das Unternehmen weitere Erlöse anstrebt, ist keine Rückstellung zu bilden.

Verbilligte Überlassung hochwertiger Markenkleidung ist Arbeitslohn

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass die kostenlose oder verbilligte Überlassung qualitativ und preislich hochwertiger Bekleidung durch den Arbeitgeber an die Mitglieder der Geschäftsführung und deren Ehefrauen als Arbeitslohn zu besteuern ist.

Ein Bekleidungsartikelhersteller hatte die Werbewirkung in den Vordergrund gestellt. Dem ist das Gericht nicht gefolgt, weil die Werbewirkung gegenüber den Vorteilen, die die betroffenen Arbeitnehmer durch das Tragen der hochwertigen Kleidung haben, in den Hintergrund tritt. Dies gilt insbesondere, je höher die Bereicherung aus der Sicht des Arbeitnehmers ist.

Werbungskostenabzug für eine leer stehende Wohnung

Aufwendungen für eine langjährig leer stehende Wohnung sind nur dann als Werbungskosten berücksichtigungsfähig, wenn die Wohnung dauerhaft zur Vermietung bestimmt ist. Ergeben sich die Leerstandszeiten aus der Überlegung, die Wohnung leer besser verkaufen zu können, ist ein Werbungskostenabzug ausgeschlossen. Die Wohnung ist dann nur noch zum Verkauf, nicht mehr zur dauerhaften Erzielung von Mieteinnahmen bestimmt. Vorstehende Leitsätze ergeben sich aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs.

Werbungskostenabzug von Aufwendungen für das Einrichten eines Telearbeitsplatzes

Die Frage, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Aufwendungen für die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes abzugsfähig sind, hat den Bundesfinanzhof beschäftigt. Es handelte sich um folgenden Fall:

Ein Arbeitgeber hatte aus Rationalisierungsgründen seinen Arbeitnehmern die Möglichkeit der Telearbeit angeboten. Ein Versicherungsmathematiker machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Er vereinbarte mit dem Arbeitgeber, dass er zukünftig an drei Tagen an seinem häuslichen Arbeitsplatz und an zwei Tagen im Betrieb zu arbeiten hatte. Die Aufwendungen für die Einrichtung des Arbeitszimmers machte er im Jahr vor Beginn der Telearbeit in voller Höhe als Werbungskosten geltend. Das Finanzamt lehnte die Berücksichtigung ab, weil im Jahr der Geltendmachung des Aufwands ein betrieblicher Arbeitsplatz zur Verfügung gestanden habe. Später erkannte es die pauschale Berücksichtigung der Aufwendungen mit 2.400 DM an.

Der Versicherungsmathematiker verlangte den unbeschränkten Abzug der angefallenen Aufwendungen. Dem hat der Bundesfinanzhof zugestimmt. Die Abzugsfähigkeit ist nach der späteren beruflichen Tätigkeit zu beurteilen. Es kommt nicht darauf an, dass die beabsichtigte berufliche Nutzung im Jahr des Aufwands bereits begonnen hat. Wenn, wie im vorliegenden Fall, die Tätigkeit am häuslichen Arbeitsplatz in zeitlicher Hinsicht überwiegt, liegt damit auch der Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer. Folglich können die Aufwendungen auch in voller Höhe berücksichtigt werden.

Gewerbesteuerbefreiungen für die Betriebskapitalgesellschaft schlagen bei der Betriebsaufspaltung auf das Besitzpersonenunternehmen durch

In Abkehr von der bisherigen Rechtsauffassung hat der Bundesfinanzhof nunmehr entschieden, dass eine Gewerbesteuerbefreiung für die Betriebskapitalgesellschaft im Rahmen einer Betriebsaufspaltung auf das Besitzpersonenunternehmen durchschlägt.

Eine das Betriebsunternehmen begünstigende Steuerbefreiungsvorschrift muss auch dem Besitzunternehmen zugute kommen. Im Rahmen einer Betriebsaufspaltung rechtfertigt auch der Hinweis auf die zivil- und steuerrechtliche Selbstständigkeit beider Unternehmen nicht die Versagung der Gewerbesteuerbefreiung. Gerade in Fällen einer Betriebsaufspaltung sind beide Unternehmen personell und sachlich miteinander verflochten; die hinter beiden Unternehmen stehenden Personen haben einen einheitlichen geschäftlichen Betätigungswillen.

GmbH-Gesellschafter: Beweislast für die Erfüllung der Einlageverpflichtung

Nach herrschender Meinung liegt die Beweislast für die Erfüllung der Einlageverpflichtung entsprechend den allgemeinen Grundsätzen bei dem sich darauf berufenden Gesellschafter. Dies gilt grundsätzlich auch dann, wenn die Zahlungsvorgänge sehr lange Zeit zurückliegen. Da nach früherem Recht Einlageansprüche erst nach 30 Jahren verjähren, Zahlungsbelege aber nur zehn Jahre aufzubewahren sind, können Gesellschafter im Einzelfall hinsichtlich der ordnungsgemäßen Erfüllung der Einlageverpflichtungen in erhebliche Beweisnot geraten. Dem Rechnung tragend wurden den Gesellschaftern in der obergerichtlichen Rechtsprechung teilweise gewisse Beweiserleichterungen bezüglich des Nachweises der Einzahlung der Stammeinlagen eingeräumt.

Das Brandenburgische Oberlandesgericht folgte allerdings der strengeren Auffassung des Bundesgerichtshofs, wonach weder der Prüfbericht noch die Bilanz schlechthin geeignet sind, den als Gesellschafter zu führenden Nachweis der Einzahlung der Stammeinlagen als erbracht anzusehen.

Hinweis: Die Einzahlungsbelege sollten deshalb gesondert aufbewahrt und nie vernichtet werden.

Grunderwerbsteuer bei Erhöhung der Gegenleistung

Die Grunderwerbsteuer entsteht im Regelfall mit dem Abschluss des notariell beurkundeten Grundstückskaufvertrags. Vereinbaren die Vertragsparteien danach eine Erhöhung der Gegenleistung, z. B. eine Erhöhung des Kaufpreises, stellt diese Vereinbarung nach Auffassung des Bundesfinanzhofs einen eigenständigen grunderwerbsteuerpflichtigen Vorgang dar. Der erste Grunderwerbsteuerbescheid wird nicht geändert. Es ergeht vielmehr ein zweiter Bescheid, in dem nur der Erhöhungsbetrag der Grunderwerbsteuer unterworfen wird.

Diese Unterscheidung ist z. B. bedeutsam, wenn sich zwischen den beiden Vorgängen der Steuersatz ändert. Handelt es sich um zwei grunderwerbsteuerpflichtige Vorgänge, ist auf den zweiten Vorgang der Steuersatz anzuwenden, der zu diesem Zeitpunkt gilt.

Zulagenbegünstigte Investition erfordert Zugehörigkeit zum Anlagevermögen während der Verblebensfrist

Die Gewährung einer Investitionszulage setzt voraus, dass die begünstigten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mindestens drei Jahre nach ihrer Herstellung vom Berechtigten ausschließlich zu eigenbetrieblichen Zwecken verwendet werden. Außerdem müssen sie drei Jahre ununterbrochen zum Anlagevermögen gehören.

Der Bundesfinanzhof hat zu dieser Problematik im Falle einer Firmenumstrukturierung Stellung bezogen.

Eine GmbH & Co KG mit personenidentischen Kommanditisten und Anteilseignern der Komplementär-GmbH hatte ein Gebäude errichtet und Investitionszulagen beantragt. Die Immobilie wurde innerhalb der Drei-Jahres-Frist an eine GmbH veräußert, an der die Gesellschafter der KG nur noch geringfügig beteiligt waren. Das Finanzamt forderte daraufhin die Investitionszulage zurück.

Das Gericht hat diese Auffassung bestätigt. Ein Wirtschaftsgut gehört mit Übergang des wirtschaftlichen Eigentums nicht mehr zum Anlagevermögen. Das ist bei Grundstücken regelmäßig der vertraglich vereinbarte Besitzübergang.

Kein Verlustabzug bei Verlust der wirtschaftlichen Identität einer GmbH

Verluste aus früheren Jahren können bei einer Körperschaft, z. B. einer Aktiengesellschaft oder GmbH, nur dann mit laufenden Gewinnen verrechnet werden, wenn die Gesellschaft des Verlustverrechnungsjahrs mit der des Verlustentstehungsjahrs wirtschaftlich identisch ist. Die wirtschaftliche Identität geht insbesondere dann verloren, wenn mehr als die Hälfte der Anteile übertragen werden und die Gesellschaft ihren Geschäftsbetrieb mit überwiegend neuem Betriebsvermögen fortführt oder wieder aufnimmt.

Zwischen der Übertragung der Gesellschaftsanteile und der Zuführung neuen Betriebsvermögens muss ein zeitlicher und sachlicher Zusammenhang bestehen. Der Bundesfinanzhof hat die Auffassung der Finanzverwaltung verworfen, dass ein derartiger Zusammenhang immer dann gegeben sei, wenn Anteilsübertragung und Zuführung neuen Betriebsvermögens innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraums erfolgen. Liegt zwischen Übertragung und Zuführung ein Zeitraum von mehr als einem Jahr, kann ein Zusammenhang nicht ohne weiteres unterstellt werden. Es muss vielmehr im Einzelfall geprüft werden, ob zwischen der Anteilsübertragung und der Zuführung neuen Betriebsvermögens ein Zusammenhang besteht. Ein Zusammenhang ist z. B. zu verneinen, wenn die Zuführung neuen Betriebsvermögens auf Umstände zurückzuführen ist, die nach der Anteilsübertragung eingetreten sind.

Nichtigkeit des Gewinnverwendungsbeschlusses einer GmbH bei fehlender Pflichtprüfung

Der Jahresabschluss einer mittelgroßen bzw. großen Kapitalgesellschaft muss von einem Abschlussprüfer geprüft werden. Beschließt die Gesellschaft, z. B. eine GmbH, eine Gewinnausschüttung, ohne dass zuvor der Jahresabschluss geprüft wurde, ist der Gewinnverwendungsbeschluss nichtig.

Eine Heilung durch nachträgliche Prüfung ist nicht möglich. Ist der Beschluss nichtig, beruht die Gewinnausschüttung nach Auffassung des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz nicht auf einem den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Gewinnverteilungsbeschluss. Folge ist u. a., dass die Körperschaftsteuer nicht um das so genannte Körperschaftsteuerguthaben gemindert wird, über das häufig Kapitalgesellschaften verfügen, die bereits vor 2001 gegründet worden sind.

Aufwendungsersatz bei Irrtum des Mieters über Pflicht zur Vornahme von Schönheitsreparaturen

Führt der Mieter im Vertrauen auf seine vertragliche Verpflichtung, aber in Unkenntnis von der Unwirksamkeit dieser Regelung, Renovierungsarbeiten aus, hat der Vermieter ihm die hierdurch entstandenen Aufwendungen zu ersetzen.

Diese Entscheidung hat das Landgericht Karlsruhe getroffen. In dem entschiedenen Fall hatte der Mieter bei seinem Auszug Renovierungsarbeiten vorgenommen. Hierzu bestand jedoch keine rechtliche Verpflichtung, da die mietvertragliche Klausel unwirksam war. Nach Ansicht des Gerichts fällt daher die Durchführung der Arbeiten in den

Pflichtenkreis des Vermieters. Der Mieter hat folglich einen Anspruch auf Ersatz seiner Aufwendungen nach den Grundsätzen der sog. Geschäftsführung ohne Auftrag.

Keine unbeschränkte Haftung des Bürgen für Verbindlichkeiten des Mieters

In der vom Oberlandesgericht Frankfurt a. M. entschiedenen mietrechtlichen Streitigkeit sah der Mietvertrag die regelmäßige Durchführung von Schönheitsreparaturen vor. Zur Sicherung der mietvertraglichen Ansprüche bestand die Bürgschaft eines Dritten. Um frühzeitig aus dem Mietverhältnis entlassen zu werden, schlossen Vermieter und Mieter nachträglich eine Vereinbarung, die auch eine Auszugsrenovierung vorsah. Nach Beendigung des Mietverhältnisses nahm der Vermieter den Bürgen wegen der fehlenden Endrenovierung in Anspruch.

Nach Ansicht des Gerichts geschah dies zu Unrecht, weil sich eine Mietbürgschaft grundsätzlich nur auf die Ansprüche bezieht, die sich aus dem Mietvertrag selbst ergeben. Spätere Vereinbarungen, die die Rechtsstellung des Bürgen verschlechtern, indem sie seine Bürgenpflicht erweitern, sind unwirksam. Der Bürge haftet weiterhin nur in dem bisherigen Umfang.

Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen

Am 1.1.2006 ist das so genannte Beitragsentlastungsgesetz in Kraft getreten. Danach sind die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden.

Daraus ergeben sich für 2006 folgende Termine:

September	Oktober	November	Dezember
27.9.	26.10.	28.11.	27.12.

Zur Vermeidung von Säumniszuschlägen bietet sich die Zahlung im Lastschriftverfahren an.

Die Krankenkassen möchten die Beitragsnachweise monatlich bereits eine Woche vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin elektronisch übermittelt haben. Wird die Lohnbuchführung nicht im eigenen Unternehmen, sondern durch extern Beauftragte erledigt, muss deshalb beachtet werden, dass die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Fälligkeitstermin auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen (insbesondere Weihnachten) fällt.

Kein unberechtigter Ausweis von Umsatzsteuer durch bloßes Überlassen eines Briefbogens

Der Sohn einer Unternehmerin überließ ohne das Wissen seiner Mutter einen Briefbogen des Unternehmens einem Dritten. Der erstellte darauf eine Rechnung über eine Maschinenlieferung mit Umsatzsteuerausweis. Unternehmer war der Dritte nicht. Der Rechnungsempfänger nahm den Vorsteuerabzug vor. Das Finanzamt forderte die Umsatzsteuer vom Unternehmen der Mutter.

Der Bundesfinanzhof entschied, das Unternehmen der Mutter habe keine Rechnung erstellt. Zwar könne in der Überlassung eines leeren oder eines nur unterschriebenen Briefbogens eine Willenserklärung des Überlassenden zu sehen sein, der durch die Nutzung des Dritten zu einem Dokument wird. In diesem Fall habe das Unternehmen jedoch keine Kenntnis von der Überlassung gehabt und die Verwendung des Briefbogens auch nicht nachträglich anerkannt. Daher war mit der Überlassung des Briefbogens keine Willenserklärung des Unternehmens verbunden. Die Umsatzsteuerforderung des Finanzamts war deshalb gegenstandslos.

Kein Vorsteuerabzug bei gesondertem Umsatzsteuerausweis eines Kleinunternehmers

Die von Kleinunternehmern ausgeführten Lieferungen und Leistungen sind zwar grundsätzlich steuerbar und steuerpflichtig. Kleinunternehmer sind auch zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet. Sie nehmen aber ansonsten nicht am Besteuerungsverfahren teil:

- Die Umsatzsteuer wird nicht erhoben;
- es darf in Ausgangsrechnungen keine Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen werden,
- es darf keine Vorsteuer abgezogen werden.

Weist ein Kleinunternehmer die Umsatzsteuer zu Unrecht in einer Rechnung gesondert aus, ist der Leistungs- und Rechnungsempfänger dennoch nicht berechtigt, sie als Vorsteuer abzuziehen. So entschied das Finanzgericht Nürnberg.

Zu beachten ist für den Kleinunternehmer, dass er die Umsatzsteuer entrichten muss, die er in einer Rechnung offen ausweist. Er schuldet dem Finanzamt die zu Unrecht ausgewiesene Umsatzsteuer.

Auf die Kleinunternehmerregelung kann der Unternehmer verzichten. Die Verzichtserklärung muss gegenüber dem Finanzamt erfolgen. Der offene Ausweis von Umsatzsteuer in Rechnungen an Leistungsempfänger reicht nicht aus.

Lieferung medizinischen Haarersatzes unterliegt dem Regelsteuersatz

Ein Hersteller von maßangefertigten Perücken verlangte für seine Produkte die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes. Er berief sich dabei auf die Regelung, dass die Lieferungen von Prothesen oder Körperersatzstücken dem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Der Bundesfinanzhof ist dem nicht gefolgt.

Nach Ansicht des Gerichts erfüllt eine Perücke auch dann nicht die Voraussetzung für ein Körperersatzstück, wenn sie nicht als Zweitfrisur getragen wird, sondern das verloren gegangene Haupthaar ersetzt. Auch in den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften vermochte das Gericht keine Grundlagen zu erkennen, die für eine ermäßigte Besteuerung sprechen.

Parkchips mindern nicht das umsatzsteuerliche Entgelt

Vergeben Unternehmen an ihre Kunden zusätzlich zur verkauften Ware einen Chip, der bei Dritten eingelöst werden kann (z. B. für Parkhausgebühren oder Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel), mindert sich die umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage der verkauften Ware nicht.

Der Bundesfinanzhof sieht die Ausgabe von solchen Chips als unentgeltliche Zuwendung (Werbegeschenk von geringem Wert) und nicht als Preisnachlassgutschein bzw. Preiserstattungsgutschein an.

Voller Umsatzsteuersatz für Disco-Partys

Disco-Partys sind keine Konzerte. Einnahmen aus der Durchführung von Disco-Partys unterliegen deshalb dem vollen Umsatzsteuersatz. Dies hat der Bundesfinanzhof entschieden.

Unter Konzerten, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen, sind nur Aufführungen von Musikstücken zu verstehen, bei denen Musikinstrumente und/oder die menschliche Stimme eingesetzt werden. Das bloße Abspielen von Tonträgern fällt nicht hierunter. Ein Konzert kann allerdings, wie der Bundesfinanzhof auch entschieden hat, dann vorliegen, wenn der Disc-Jockey Tonträger und Mischpulte zum Verfremden und Mischen von Musikstücken einsetzt und dadurch ein neues Musikstück herstellt.

Haftung der Wohnungseigentümer für ein durch den Verwalter aufgenommenes Darlehen

Eine Wohnungseigentümergeinschaft haftet auch dann für ein vom Verwalter aufgenommenes Darlehen, wenn dieser ohne Bevollmächtigung gehandelt hat.

In dem vom Oberlandesgericht Celle entschiedenen Fall hatte der Verwalter für die Gemeinschaft einen Kontokorrentkredit aufgenommen, da das Gemeinschaftskonto einen negativen Saldo aufwies. Die kreditierende Bank verlangte später von den einzelnen Eigentümern die Rückzahlung des Kredits.

Zwar ist ein Wohnungseigentumsverwalter ohne Bevollmächtigung grundsätzlich nicht berechtigt, im Namen der Gemeinschaft Kredite aufzunehmen. Fehlt die Vollmacht, sind die Kreditgeschäfte des Verwalters aber lediglich schwebend unwirksam und können von der Gemeinschaft auch nachträglich genehmigt werden, was vorliegend nicht erfolgte. Auch ohne Genehmigung sah es das Gericht dennoch als gerechtfertigt an, dass die Eigentümer für die Kreditaufnahme haften, da der Kredit ausschließlich der Gemeinschaft zugute kam.

Gebrauchtwagenkauf: Nachweis eines Sachmangels

In einem vom Oberlandesgericht Düsseldorf entschiedenen Fall verlangte die Käuferin eines Gebrauchtwagens die Rückabwicklung des Kaufvertrags wegen eines Sachmangels. An dem neun Jahre alten Fahrzeug, das fünf Vorbesitzer hatte und nach Angaben des gewerblichen Gebrauchtfahrzeugverkäufers eine Gesamtfahrleistung von 96.000 Kilometern aufwies, sei bereits kurz nach der Auslieferung ein unrunder Motorlauf festzustellen gewesen. Trotz mehrfacher Reparaturversuche habe dieser Mangel vom Verkäufer nicht beseitigt werden können. Der Motor sei bereits im Zeitpunkt der Fahrzeugübergabe in einer Weise verschlissen gewesen, die mit der vertraglich vereinbarten Laufleistung von 96.000 Kilometer nicht zu vereinbaren sei.

Das Gericht stellte in seiner Entscheidung zunächst grundsätzlich klar, dass sich die Erklärung eines Kraftfahrzeughändlers über die Gesamtfahrleistung nicht nur auf die zurückgelegte Strecke bezieht, sondern damit auch ein bestimmter Erhaltungszustand des Fahrzeugs und auch des Motors zugesagt wird. Es wird also zugleich erklärt, dass der Verschleißgrad der mitgeteilten Gesamtfahrleistung entspricht, der Motor also nicht wesentlich stärker verschlissen ist, als die angegebene Laufleistung erwarten lässt.

Dennoch wurde die Klage abgewiesen, weil auch zwei eingeholte Sachverständigengutachten das Gericht nicht von außergewöhnlichen Verschleißerscheinungen des Motors zum Zeitpunkt der Übergabe und damit vom Vorliegen eines Sachmangels überzeugen konnten. Auf Grund der Anzahl der Vorbesitzer und der für das Alter des Fahrzeugs geringen Laufleistung musste die Käuferin mit einem fortgeschrittenen Verschleißzustand rechnen.

Schrottimmobilien: Widerruf bei kreditfinanzierter Immobilienfondsbeteiligung

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall begehrte ein Anleger die Rückabwicklung zweier Darlehen, die ihm eine Bank zur Finanzierung der Beteiligung an einem Immobilienfonds gewährt hatte. Er begründete sein Begehren mit dem Widerruf seiner Darlehensvertragserklärungen nach dem Haustürwiderrufgesetz sowie mit der

Auffassung, dass es sich bei den Darlehensverträgen und dem damit finanzierten Fondsbeitritt um ein verbundenes Geschäft nach dem Verbraucherkreditgesetz handelte.

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist von einem verbundenen Geschäft auszugehen, wenn der Kreditvertrag nicht auf Grund eigener Initiative des Kreditnehmers zu Stande kommt, sondern deshalb, weil der Vertriebsbeauftragte des Anlagevertreibers dem Interessenten zugleich mit den Anlageunterlagen einen Kreditantrag der Bank vorgelegt hat, die sich zuvor dem Anlagevertreiber gegenüber zur Finanzierung bereit erklärt hatte.

Liegt ein solches verbundenes Geschäft und eine Haustürsituation vor, steht nach Auffassung des Gerichts dem Darlehensgeber nach Widerruf kein Zahlungsanspruch gegen den Darlehensnehmer zu; die Rückabwicklung hat unmittelbar zwischen dem Kreditgeber und dem Partner des finanzierten Geschäfts zu erfolgen. Dabei kann der Kreditnehmer nur die von ihm selbst auf das Darlehen gezahlten Beträge vom Kreditgeber zurückverlangen, nicht jedoch die ihm zugeflossenen Fondsausschüttungen.

Erstattung von Einfuhrabgaben bei wegen Schadhaftigkeit zurückgewiesenen Waren

Wer eine Ware in das Zollgebiet der Gemeinschaft einführt und später wegen Mangelhaftigkeit zurückweist, kann auch dann einen Anspruch auf Erstattung der Einfuhrabgaben haben, wenn er die Ware zunächst weiterverkauft hat. Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass der Weiterverkauf dem Erstattungsanspruch nur entgegensteht, wenn die Schadhaftigkeit der Ware bei der Weiterveräußerung bekannt war. Hierfür reicht es nicht aus, dass der Importeur den Mangel vor dem Weiterverkauf hätte erkennen können.

